

Mario Rieder:

Bildung als Schlüssel zur Integration

Das Thema Integration wird in den nächsten Jahren weiterhin zentrale Kampflinie in der politischen Auseinandersetzung bleiben. Es steht nicht nur immer wieder im Zentrum medialen Interesses. Es ist auch das Thema, von dem sich die Menschen in ihrem Alltagsleben massiv betroffen fühlen; es ist das Thema, das am Arbeitsplatz, in Wirtshäusern, im Freundes- und Familienkreis für zum Teil sehr hitzige und emotionale Diskussionen sorgt, und zu dem von der Politik Antworten erwartet werden.

Wir können also nicht den Kopf einziehen und durchtauchen, uns an diesem Thema vorbeischwindeln. Klare Worte, aber auch wirksames Handeln sind daher unabdingbar, wenn wir dieses Feld nicht dem rassistischen Schüren von Ängsten und der Instrumentalisierung von MigrantInnen für neoliberale, entsolidarisierende Politik überlassen wollen, aber auch nicht einer vielleicht gut gemeinten, aber in der Wirkung kontraproduktiven realitätsfremden Romantisierung dieses Themas. Sozialdemokratische Integrationspolitik muss daher ein eindeutiges, unverwechselbares Profil auf der Basis unserer Werte vorweisen können, sozusagen eine „USP“ auf dem politischen Markt entwickeln (um einen Begriff aus dem Marketing zu verwenden), sie muss offensiv Position beziehen, bestehende Probleme ohne Zaudern ansprechen und funktionierende Lösungen anbieten. Bildungspolitik und Sozialpolitik spielen dabei zentrale Rollen.

Der Zugang zu (höheren) Bildungsabschlüssen und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind wesentliche Faktoren für die Integration von MigrantInnen. Wenn über Bildung im Kontext von Zuwanderung und Integration gesprochen wird, ist daher – durchaus zu Recht – vor allem von speziellen Bildungsmaßnahmen für MigrantInnen die Rede, die Bildungsbenachteiligungen ausgleichen, die Potentiale von MigrantInnen fördern und diese Zugänge im Sinne der Chancengerechtigkeit öffnen. Ich möchte aber zunächst einen Schritt zurücktreten und den Blick auf das Thema erweitern. Integrationsprozesse betreffen ja nicht nur die Gruppe der Zugewanderten, sie betreffen als wechselseitige und gesamtheitliche Prozesse ja ebenso die Aufnahmegesellschaft. Und das bedeutet, dass hier auch Lernprozesse für die Gesamtgesellschaft stattfinden – oder zumindest stattfinden müssten. „Wir“, d.h. die

Aufnahmegesellschaft, müssten aufgrund unserer langjähriger Erfahrung eigentlich bereit Profis für die Aufnahme und Integration von ZuwanderInnen sein, da wir ja schon seit vielen Jahrzehnten immer wieder mit Einwanderung konfrontiert sind. MigrantInnen dagegen, die meistens das erste (und oft einzige) Mal in ihrem Leben aus- und zuwandern, sind im Vergleich dazu eigentlich „Neulinge“ und „Amateure“ auf diesem Gebiet. Unsere Erwartungshaltung, zumindest jene im vorherrschenden Diskurs zu diesen Fragen, ist jedoch oft eine genau umgekehrte: Die Integrationsleistung wird fast ausschließlich von den MigrantInnen erwartet und eingefordert.

Wenn die Gesamtgesellschaft sich „fit“ machen will für Migration und Integration, so muss sie sich mit Fragen von „Diversity Management“ ebenso auseinandersetzen wie mit Fragen der interaktionalen, institutionellen und strukturellen Diskriminierung. Auf der Ebene von Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen heißt das, sich nicht nur auf die Entwicklung und Umsetzung von (unbestreitbar wichtigen) Förderprogrammen für MigrantInnen zu beschränken, sondern Bildungseinrichtungen als Ganzes als Orte von Demokratie und Chancengerechtigkeit, als Orte der Antidiskriminierung, als Orte der sprachlichen, kulturellen, ethnischen und sozialen Vielfalt zu begreifen und zu gestalten. Und sie in diesem Sinn sowohl nach innen hin für alle erfahrbar zu machen, die dort lernen und arbeiten, als auch selbstbewusst nach außen sichtbar zu machen. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Struktur des Bildungssystems und der Bildungseinrichtungen (Stichwort „gemeinsame Schule der Vielfalt“), auf die Zusammensetzung der Lerngruppen (Stichwort „sprachliche Vielfalt als Problem oder Chance“), auf die Lerninhalte, aber vor allem auf die Aus- und Weiterbildung von Unterrichtenden. Denn diese müssen in die Lage versetzt werden, als DiversitätsmanagerInnen diese Vielfalt auch aktiv zu gestalten und produktiv zu nutzen, mit Spannungen und Konflikten, die aus dieser Vielfalt entstehen, umzugehen und Interkulturalität, Antidiskriminierung und Antirassismus zu Grundlagen ihres pädagogischen Handelns zu machen. Diese Aspekte sollten daher auch in eine neue gemeinsame pädagogische Ausbildung von Lehrkräften als zentrales Element einfließen. Denn nur auf einer entsprechend professionell abgesicherten Basis kann gewährleistet werden, dass diese Ziele nicht nur zu reinen Lippenbekenntnissen verkommen.

Was hingegen geschieht, wenn Bildungsmaßnahmen vorwiegend aus dem Blickwinkel einer „Law-and-order“-Politik gestaltet werden, statt mit dem Ziel, Menschen zu stärken und ihre aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern, können wir am Beispiel der vom Innenministerium gesteuerten Maßnahmen für MigrantInnen sehen. Die seit 2006 in neuer Fassung geltende Integrationsvereinbarung sieht de facto für alle NeuzuwanderInnen – unabhängig von ihren Voraussetzungen, Potentialen und Zielen – vor, einen Pflichtdeutschkurs von 300 Stunden nach einheitlichem Lehrplan mit verpflichtender Abschlussprüfung auf einheitlichem Niveau zu absolvieren – und das bei hohem finanziellen Risiko bei Nichtbestehen, abgesehen von den aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen. Was es vor allem für lernungsgewohnte Personen mit fehlender oder geringer Grundbildung bedeutet, nach nur 75 Stunden vorangehender Schnell-Alphabetisierung und nachfolgendem Standarddeutschkurs (zum Vergleich: Deutschland sieht im selben Kontext bis zu 945 Stunden Alphabetisierungsangebot vor) innerhalb von spätestens drei Jahren eine schriftliche Deutschprüfung abzulegen, ist zumindest allen relevanten ExpertInnen auf diesem Gebiet klar: Eine (pädagogisch nicht argumentierbare) Hürde, an der ein beträchtlicher Teil dieser Zielgruppe scheitern muss. Für den Unterricht in Alphabetisierungskursen für MigrantInnen hat das eindeutig negative Folgen: Ein für viele Lernende kaum erreichbares, extern vorgegebenes formales Ziel mit dem Damoklesschwert schwerwiegender finanzieller und aufenthaltsrechtlicher Konsequenzen ist nicht gerade förderlich für eine Lernumgebung, die eigentlich niederschwellig Bildungsprozesse initiieren und Integration fördern sollten. Kaum jemand würde wohl auf die Idee kommen, Analoges für Alphabetisierungs- und Basisbildungsmaßnahmen für ÖsterreicherInnen anzudenken.

Ähnliches gilt für einen zweiten Bereich, in dem das Innenministerium Bildung für fremdenrechtliche Ziele instrumentalisiert, nämlich für den Nachweis von Kenntnissen zur Erlangung der Staatsbürgerschaft: Abgesehen davon, dass wir das Problem einer schriftlichen Deutschprüfung und eines ebenso schriftlichen „Landeskunde“-Tests als eine für AnalphabetInnen kaum überwindbare Hürde wiederfinden, stellt sich die landeskundliche Prüfung auch inhaltlich als untaugliches Mittel dar: Fragen nach Landesfürsten oder Klostergründungen aus dem Mittelalter, nach Textzeilen aus den Landeshymnen oder nach regionalen kulinarischen Spezialitäten entspringen wohl eher einem überholten „Heimatkunde“-Verständnis (das mich unangenehm an meine Volksschulzeit in Tirol erinnert) als einem zeitgemäßen Konzept von politischer Bildung als Instrument zur

Demokratisierung und zur Förderung von gesellschaftlicher Partizipation. Abgesehen davon, dass Informationen zu Gesundheitswesen und Bildungssystem, zu ArbeitnehmerInnenrechten oder zu Frauenrechten weitaus relevanter wären als die genannten heimatkundlichen Fakten: Wenn tatsächlich die aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft das Ziel ist, wäre es sinnvoller, statt reinem Faktenwissen in einem stärker handlungsorientierten Ansatz die Auseinandersetzung mit demokratiepolitischen Fragen, den kritischen Umgang mit Informationen und Medien sowie den Umgang mit unterschiedlichen Werthaltungen zu fördern. (Themen übrigens, mit denen sich wohl nicht nur MigrantInnen auseinander setzen sollten.)

In beiden genannten Fällen wird eine große gesellschaftspolitische Chance vertan, indem diese Felder ausschließlich der von fremdenrechtlichen und nicht von bildungspolitischen Fragen bestimmten Gestaltung durch das Innenministerium und damit zugleich auch einer konservativen Migrationspolitik überlassen werden. Diese Chance bestünde darin, an zwei wesentlichen Punkten des Integrationsprozesses, nämlich bei der Einwanderung und der Einbürgerung MigrantInnen sehr umfassend mit Bildungsmaßnahmen erreichen zu können. Vertan ist die Chance, weil in beiden Fällen die Maßnahmen unter dem Blickwinkel der Verhinderung oder zumindest Regulierung gestaltet sind, und nicht unter dem Blickwinkel der Förderung und der Entfaltung. Sinnvoll gestaltete Maßnahmen, die durch Differenzierung der Programme die Heterogenität der Zielgruppen berücksichtigen, die die bestehenden regionalen aber auch internationalen Erfahrungen aus der Bildungsarbeit mit MigrantInnen aufgreifen (statt zu ignorieren und zu negieren) und die mit positiven Anreizen statt mit Sanktionsdrohungen arbeiten, könnten hingegen einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Dass es auch anders gehen kann, zeigen unter anderem die Beispiele aus der aktuellen Wiener Integrationspolitik. Als ich vor mehr als zwanzig Jahren als Kursleiter in Deutschkursen („für Ausländer“, wie es damals noch hieß) meine ersten Erfahrungen in der Bildungsarbeit mit MigrantInnen machte, gab es außer ein paar verstreuten Kursen in Erwachsenenbildungseinrichtungen und ein paar sehr engagierten Initiativen im Schulbereich nicht sehr viel; jedenfalls nichts, dass ich auch nur annähernd als integrationspolitisches Konzept oder gar Maßnahmenpaket bezeichnen würde. Einen Schub gab es dann auf Wiener Ebene, als Mitte der 1990er Jahre durch die Einrichtung des Amtes einer Integrationsstadträtin und kurz darauf

durch die Gründung des „Wiener Integrationsfonds“ (WIF) eine strukturell verankerte Basis für aktive Integrationspolitik geschaffen wurde. Mit der 1998 gestarteten „Sprachoffensive“ des WIF konnte in Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wien sowie Kursanbietern ein differenziertes und kostengünstiges Programm von Deutschkursen mit begleitenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt und konnten wichtige Erfahrungen in der Umsetzung von Bildungsmaßnahmen für MigrantInnen gesammelt werden. Und es zeigte sich sehr rasch: Wo es ein sinnvolles, an den tatsächlichen Lernanforderungen orientiertes Kursangebot gibt, ist die Motivation von MigrantInnen sehr hoch, diese Kurse auch zu besuchen – und zwar auf freiwilliger Basis, ohne Zwang, Prüfungsdruck und Sanktionsdrohungen. Den zweiten Innovationsschub gab es dann 2004, mit der Umwandlung des Wiener Integrationsfonds in eine eigene Magistratsabteilung für Integrations- und Diversitätsangelegenheiten (MA 17), die damit das Thema endgültig ins Zentrum der Wiener Stadtpolitik rückte. Die Maßnahmen der ehemaligen „Sprachoffensive“ wurden quantitativ ausgebaut, klare Schwerpunkte vor allem in Richtung Frauen und Jugendliche gesetzt.

In der Zwischenzeit hat sich in Wien ein umfangreiches Maßnahmensystem etabliert: Mit Aktivitäten wie „Mama lernt Deutsch“ (Kurse für Mütter an Kindergärten und Schulen) oder Deutsch- und Alphabetisierungskursen für Frauen und Männer in MigrantInnen-Vereinen (Moscheen, Kulturvereine, Frauenvereine etc.) wurden erfolgreich Schritte gesetzt, um auch jene zu erreichen, die bisher klassischen Kursangeboten eher fernblieben. Ein differenziertes System von Alphabetisierungs- und Basisbildungskursen für MigrantInnen auf mehreren Stufen schafft eine wichtige Grundlage für weiterführende Bildungswege, aber auch für den Arbeitsmarkt. Für neu zugewanderte Jugendliche werden intensive Deutsch- und Orientierungskurse im Umfang von 300 bis Unterrichtsstunden angeboten. Bei täglich vier Stunden Unterricht erwerben die Jugendlichen nicht nur die für ihre weitere Ausbildung bzw. den Einstieg ins Berufsleben erforderlichen Deutschkenntnisse, sondern lernen auch, sich besser im Alltagsleben in Wien zurechtzufinden. Seit Herbst 2008 werden zudem unter dem Titel „StartWien“ muttersprachliche Informationsmodule für MigrantInnen zu Themen wie Spracherwerb, Gesundheits- und Bildungssystem oder Arbeitsmarkt angeboten. Dieses Integrationsprogramm erwies sich von Beginn an als großer Erfolg – im Dezember 2008 wurde es bereits von drei Viertel der NeuzuwanderInnen besucht.

Ein weiteres „good practice“ Beispiel aus Wien ist das Bildungsnetzwerk „Dynamo“ – das als Projekt des Europäischen Sozialfonds vom Jugendbildungszentrum der Volkshochschule Ottakring, dem Wiener Integrationshaus und der VHS Rudolfsheim-Fünfhaus getragen wird. Das Netzwerk bietet jugendlichen MigrantInnen ein umfassendes, von Bildungsberatung und Sozialpädagogik begleitetes Bildungspaket von der Alphabetisierung und Basisbildung über die Möglichkeit des Nachholens des Hauptschulabschlusses bis hin zur Unterstützung beim Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen bzw. beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Im Hintergrund laufen in diesem Projektnetzwerk zudem auch die Fäden wichtiger Player wie Unterrichtsministerium, Stadt Wien, AMS und WAFF als Fördergeber und strategische Partner zusammen.

Auch wenn sich in diesen letzten zwanzig Jahren nicht nur in Wien, sondern österreichweit im Bereich Integration einiges getan hat, so gibt es noch ausreichend offene Herausforderungen für die künftige Bildungspolitik. Ich möchte zum Abschluss die drei aus meiner Sicht wichtigsten dieser Herausforderungen skizzieren:

1. Förderung von Mehrsprachigkeit:

Sprache ist der vielleicht grundlegendste Schlüssel zu Integration. Und so unbestreitbar wichtig adäquate Deutschkenntnisse als Kommunikationsbasis im Alltagsleben und als Voraussetzung im Bildungssystem ebenso wie auf dem Jobmarkt sind, so wichtig ist dennoch, Sprachkenntnisse nicht ausschließlich aus dem Blickwinkel von Deutschkenntnissen zu sehen. Wenn wir von „Sprachkenntnissen“ sprechen, sollten wir eigentlich immer an „Sprachen“ im Plural denken. Die sich aus dem Migrationsprozess ergebende Mehrsprachigkeit ist ein wertvolles Gut, das explizit gefördert werden sollte. Nicht nur, weil die jeweilige Muttersprache ein wichtiger Bestandteil der persönlichen Identität ist und weil muttersprachliche Kenntnisse das Fundament sind, auf dem der Erwerb einer Zweitsprache aufbaut. Sondern auch, weil diese Mehrsprachigkeit ein wichtiges, nicht zu unterschätzendes Kapital auf dem Arbeitsmarkt sein kann. Gerade auch MigrantInnen der sogenannten „2. Generation“ sollten daher aus den genannten Gründen nicht nur in der Zweitsprache Deutsch, sondern immer auch parallel in ihren Muttersprachen gefördert werden. Ziel dabei könnte sein, dass sie ihre Muttersprache (und damit mindestens zwei Sprachen) mündlich und schriftlich auf dem Niveau ihres jeweiligen Bildungsabschlusses beherrschen.

2. Ein- und Aufstieg im Arbeitsmarkt:

Nicht nur durch die real immer wieder zu beobachtende Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, sondern ebenso durch bestehende Bildungsbarrieren sind MigrantInnen beim Zugang zum Arbeitsmarkt benachteiligt. Auf der einen Seite sind MigrantInnen bei höheren Bildungsabschlüssen immer noch klar unterrepräsentiert. Allein der Blick auf die berufsbildenden höheren Schulen zeigt, dass dort zahlreiche SchülerInnen mit Migrationshintergrund auf dem Weg zum Abschluss scheitern. Wobei diese Situation natürlich zunächst einmal ein Abbild davon ist, dass gerade in Österreich mit seinem selektiven Schulsystem weiterhin Bildungsbenachteiligungen von den Eltern an ihre Kinder „vererbt“ werden – und dass in gerade in migrantischen Familien die Eltern oft selbst nur niedrige oder gar keine Bildungsabschlüsse haben. Auf der anderen Seite gibt es viele MigrantInnen, deren mitgebrachte Qualifikationen und Fähigkeiten hier nicht anerkannt werden, die daher unter ihrem eigentlichen Qualifikationsniveau beschäftigt werden und damit eigentlich unterfordert und falsch eingesetzt sind. Es geht also darum, einerseits MigrantInnen in ihrem Fortkommen in Schule und Ausbildung durch eine Neuorientierung des Unterrichts, durch die Abkehr von der Defizitorientierung und durch LehrerInnen, die auf den Unterricht mit sprachlich und kulturell heterogenen Gruppen gut vorbereitet sind, besser zu unterstützen. Und andererseits geht es darum, formal oder informell erworbene Kompetenzen durch flexiblere Anerkennungsverfahren und Instrumente wie Kompetenzportfolios sowohl für die Einzelpersonen als auch die Gesamtgesellschaft nutzbar zu machen.

3. Förderung des Zusammenlebens:

Dieser dritte Punkt ist vielleicht aus Bildungssicht der diffuseste – aber dafür eine umso spannendere Herausforderung. Das Zusammenleben im Lebensalltag, in der Wohnumgebung ebenso wie am Arbeitsplatz ist wohl der Gradmesser, mit dem zumindest von der Mehrheit der Bevölkerung (und nicht zuletzt auch von den Medien) das Funktionieren von Integration bewertet wird. Auch wenn es dabei oft gar nicht um migrationsspezifische Probleme geht, sondern um soziale Konflikte, Generationskonflikte und Nachbarschaftskonflikte. Bildung ist kein Allheilmittel, das alle diese Probleme lösen kann. Aber gezielt eingesetzte Bildungsmaßnahmen vor Ort – sei es im Wohnumfeld, in Parks, Freizeiteinrichtungen oder anderen öffentlichen Räumen – können Prozesse auslösen, die die (interkulturelle) Konfliktbewältigung unterstützen. Es wird darum gehen, kreativ Formen der Bildungsarbeit vor Ort, „im Grätzl“ zu entwickeln, die interkulturelle

Kommunikation fördern – allein dadurch, dass sie Menschen wieder dazu motivieren, gemeinsam in Gruppen an (Bildungs)Inhalten zu arbeiten und wieder miteinander zu kommunizieren. Es ist ja kein Zufall, dass diese Prozesse in überschaubaren sozialen Kontexten, also in kleineren Ortschaften, oft von selbst und sehr gut funktionieren. In den komplexeren sozialen Gefügen von Städten bedarf es aber offensichtlich meistens des organisierten Impulses von außen.

Wenn ich ein grundsätzliche Resümee zur aktuellen Situation ziehe, dann kann ich feststellen: Wir sind (wie auch viele andere europäische Staaten) mit zahlreichen Herausforderungen im Bereich Migration und Bildung konfrontiert. Während aber lange Zeit die Bildungs- und Integrationspolitik Probleme nicht wahrnahm bzw. nicht darauf reagierte, orte ich in den letzten Jahren auf vielen Ebenen die Bereitschaft, diese Probleme (die z.T. auch eine Erbe der früheren Passivität sind) anzugehen. Zugleich gibt es dadurch auch eine Vielfalt von parallelen Initiativen und zahlreiche unterschiedliche Player, die hier tätig werden – mit unterschiedlichen Interessen und Zielen. Das reicht vom Bund bis zu den Kommunen, aber auch vom AMS bis zu NGOs. Was fehlt, ist sicherlich noch die übergreifende Koordination und Steuerung dieser Programme und Aktivitäten. Da die Einrichtung eines Integrationsstaatssekretariats ein zwar sehr berechtigter, aber offensichtlich zur Zeit nicht realisierbarer Wunsch bleiben wird, bietet es sich aus meiner Sicht an, die Zügel für alle diese Bildungsmaßnahmen dem Unterrichtsministerium in die Hand zu geben. Das könnte zumindest eine fundierte, österreichweite Qualitätssicherung und inhaltliche Abstimmung dieser Maßnahmen gewährleisten – und wäre damit ein wesentlicher Beitrag zum sinnvolleren Einsatz der Ressourcen und letzten Endes zu einer erfolgreicherer Integrations- und Bildungspolitik.

veröffentlicht in „Die Zukunft“ 4/2009